



# Breslauer Kreisblatt.

Dreizehnter Jahrgang.

Sonnabend, den 30. Mai 1846.

## Bekanntmachungen.

In Betreff der Ausführung des Gesetzes vom 3. Januar pr. betreffend die Regulirung der öffentlichen Abgaben und Leistungen bei Dismembrationen, finden wir uns zur Ergänzung resp. Abänderung früherer Verfassungen, zu folgenden Bestimmungen veranlaßt:

Schon in der Circular-Verfügung vom 31. Januar o. war gesagt:

- 1) daß eine Vertheilung der Abgaben, welche bisher von dem ungetheilten Gute zu entrichten waren, auf den Restgutsbesitzer und die Trennstückserwerber in bestimmten Beträgen nur dann statt finden kann, wenn es sich um ein für alle mal ihrem Betrage nach fixirte Abgaben handelt.

Leider ist diese Vorschrift bisher häufig übertreten worden, und es finden sich fast in alle Regulirungspläne, die uns zur Bestätigung eingereicht werden, solche Abgaben und Leistungen aufgenommen, deren Betrag unzweifelhaft veränderlich ist, und nach Zeit und Umständen erst durch besondere Repartitionen bestimmt wird. Dies gilt namentlich von den Schulabgaben, die nach Maassgabe des Reglements von 1801 aufgebracht und vertheilt werden. Bekanntlich soll rücksichtlich derselben alle 5 Jahre eine neue Repartition vorgenommen werden, um die inzwischen vorgekommenen Veränderungen zu berücksichtigen, die aus der Entstehung neuer Possessionen, Konfessionswechsel der Stellenbesitzer, Ein- und Ausschulungen, Adjutanten-Anstellung, Wechsel der Preise &c. entstehen können und es wäre ein unzulässiger Eingriff in die Vorschriften, nach welchen diese Repartition erfolgen soll, wenn die zur Zeit der Dismembration gezahlten Beträge jener Abgaben durch Aufnahme in den Regulirungs-Plan fixirt würden. Eine solche nicht zu rechtfertigende Fixirung würde es aber auch sein, wenn etwa ausgesprochen würde, daß auf eine Parcele, ihrer Kleinheit wegen, gar keine Schulabgaben übergehen sollten. Denn durch dergleichen Immunitäten würde das gesetzliche Prinzip der Vertheilung umgeskürzt werden.

Das Gesagte gilt ferner von den meisten Gemeinde-Abgaben. Wir finden in die Regulirungs-Pläne aufgenommen, und auf die Trennstücke vertheilt, die Beiträge für den Gemeindewächter, für die Hebammme, für Gesellschafts- und Amtsblatt, zur Erhaltung der Dorfsprache &c. Alle diese und ähnliche Leistungen ändern sich im Betrage nach Maassgabe des Bedürfnisses; und es ist eben so unzulässig, die Summen zu fixiren, welche von den Trennstückbesitzern übernommen werden sollen, als etwa diese oder jene Parcele von einem künftigen Beitrag ihr Kleinheit wegen ganz zu bestreiten. Der Maassstab nach welchem veränderliche Gemeinde-Abgaben aufgebracht und vertheilt werden, ist überall durch Gesetz oder Ortsobervanz bestimmt, und es hat durchaus nicht in der Absicht des Gesetzes vom 3. Januar 1845 gelegen, diesen Modus zu verändern, wie dies auch nicht nur in dem Ministerial-Rescript vom 5. Juli 1845 Ministerialblatt pag. 173 pro 1845 weiter

dargethan wird, sondern auch aus den §. §. 17 und 26, des Gesetzes vom 3. Januar 1845 analog zu entnehmen ist.

Wir haben daher bereits in der Circular-Befügung vom 31. Januar o. vorgeschrieben, in der Regulirungs-Verhandlung die Bestimmung aufzunehmen,

„dass überhaupt alle baaren Geld- und Natural-Abgaben und Lasten an Kirche, Pfarrer, Schule und Gemeinde auf die Trennstückbesitzer nach demjenigen Grundsache vertheilt werden, welcher für die Leistung einer jeden dieser Abgaben und Lasten dem Geseze oder der Ortsverfassung zufolge steht.“

Da nun der Maastab für diese gesetzliche oder obserbanzmäßige Aufbringungsweise der öffentlichen Leistungen und Abgaben, so weit sie nicht nach Verhältniß der Grund- oder ander Steuern repartirt werden, entweder in dem Umfange der Besitzung, oder in ihrer Ertragsfähigkeit oder in der besondern Classe, der die Besitzung angehört gefunden wied, so genügte, dass der uns einzurichtende Regulirungsplan über diese Verhältnisse der Theilstücke die nöthigen Angaben enthalte. - Das Material dazu liefert theils der Vertrag, welcher angiebt, welchen Umfang in Zukunft sowohl das Nestigut, als die Trennstücke haben werden; theils die für die Grundsteuervertheilung anzulegende Ertragsberechnung theils das Herkommen rücksichtlich der Klassen, welchen beide Theile nach Größe und sonstiger Eigenschaft künftig angehören werden, mag nun der abverkaufte Theil einer andern Possession zugeschlagen werden, die dadurch vielleicht in eine höhere Classe von Stellen übergeht, oder selbst eine neue Possession zu bilden bestimmt sein. Die vorgedachten Angaben machen es zugleich überflüssig, die Quote, in der sich das Theigut zum Ganzen verhält, ob es z. B.  $\frac{1}{15}$  oder  $\frac{1}{4}$  oder  $\frac{1}{105}$  ic ist, anzuführen, da auch ohne dieselben eintretenden Falls das richtige Beitrags-Verhältnis aus den übrigen Umständen gefunden werden wird.

Eine Ausnahme von dem Vorstehenden, sofern es sich um unbestimmte Leistungen handelt machen blos die Spanndienste, weil es sich hier darum handelt, dass durch die Dismembration die Möglichkeit einer Leistung ganz verloren gehen kann, an deren Erhaltung viel gelegen ist. Hier treten daher die besondern Bestimmungen dem § 13 sequ: des Gesetzes- und unserer früheren Anordnungen ein, wonach immer im Regulirungsplane gesagt sein muss, von wem künftig die auf das ungetheilte Gut fallenden Spanndienste in dem bisherigen Umfange wirklich geleistet werden sollen oder wer bei verringter Spannkraft den Werth der ausfallenden Fuhren zu leisten haben wird. Dagegen wird es rücksichtlich der Handdienste selten specieller Bestimmungen bedürfen, da ihre Leistung gesetzlich oder obserbanzmäßig normirt zu sein pflegt, worauf nur hingewiesen zu werden braucht.

Bei Anwendung der vorstehenden Grundsäke werden in den Regulirungsplänen einige Abgaben und Leistungen zu namhafter Theilung kommen. Nur die Eingangs gedachten ein für allemal ihrem Betrage nach fixirten Abgaben, die durch keine Dismembration, noch durch andere Umstände eine Vermehrung oder Verminderung erleiden dürfen, sind darin aufzunehmen und auf die Theilstücke zu repartiren. Dahin gehört am häufigsten der Decem; doch finden sich auch andere, der Kirche, Pfarrer, Küster ic. zu leistende Abgaben, die diese rein reale Natur haben. Bei ihrer Theilung findet Anwendung, was schon früher angeordnet ist, dass nämlich die abzuweigenden Beträge nicht zu sehr ins Kleinliche gehen dürfen, weil dies dem Berechtigten die Erhebung zu sehr erschweren würde; und hier erzeugt es auch keinen Nachtheil, zu bestimmen, dass der frühere Betrag ungetheilt auf dem Hauptgute haften, das Trennstück dagegen ganz frei bleiben solle.

Wenn nun die jetzt gedachten Abgaben häufig die einzigen sein werden, für welche das früher mitgetheilte Schema mit seinen Rubriken angemessen ist, in Folge dessen uns auch bisher schon öfter Regulirungspläne vorgelegt worden sind, die nur leere Rubriken enthielten, so wünschen wir, dass von dieser Form künftig ganz abgegangen und der Regulirungsplan vielmehr in der Weise gefertigt werde, dass ersatzweise die Angaben enthalt, die vorstehend für nöthig erachtet worden sind.

Beschwerden darüber, dass die Berechtigten aus § 9. der Vorladung ungeachtet zur Aufnahme der Regulirungs-Verhandlung nicht erschienen seien, sind zwar nur selten vorgekommen, doch wird es immer zweckmässig sein, der betreffenden Vorladung die Verwarnung beizufügen, dass die Ausbleiben-

den für die Nachtheile, resp. die Negativansprüche, die aus ihrem Ausbleiben entstehen, verantwortlich würden.

Die Regulirungsprotokolle können den Gang, der für dieselben früher angedeutet worden, behalten. Es muss aber noch bei den verschiedenen Abgaben und Leistungen, die auf dem ungewöhnlichen Gute hasten bemerkt werden, ob sie zu den ihrem Betrage nach far immer fixirten Abgaben gehörten, die, wie oben bemerkt, auch in den Regulirungsplan übergehen müssen, oder zu den veränderlichen, welche nach Gesetz oder Ortsverfassung aufgebracht und vertheilt werden. Rücksichtlich ihrer darf das Protokoll selbstredend keine Bestimmungen enthalten, die dem für die Regulirungspläne aufgestellten Prinzip widersprechen. Wenn also über die Vertheilung solcher veränderlichen Abgaben nach deren jewiger Höhe Verabredungen getroffen werden sollen, was unter Umständen ganz angemessen sein kann, so ist dabei ausdrücklich zu bemerken, daß daraus, als aus einem Privatabkommen, kein Recht entstehe, einer anderweitigen nach Umständen eintretenden und nach allgemein gültiger Bestimmung auszuführenden Reparation zu widersprechen.

Von den zwei Ausfertigungen des von uns bestätigten Regulirungsplans ist 1 Exemplar der Hypothekenbehörde zugestellt das anderer bei den landräthlichen Akten zu behalten, nachdem der Inhalt den Beteiligten etwa durch Kurrente publicirt worden ist.

Breslau, den 5. Mai 1846. Königliche Regierung. Abtheilung des Finanzen.

Vorstehende das Gesetz vom 3. Januar 1845 betreffend die Vertheilung von Grundstücken und die deshalb aufzunehmenden Regulirungs-Verhandlungen und Vertheilungs-Pläne der Königlichen und Communal-Abgaben näher erläuternde Bestimmung der Königlichen Hochlöblichen Regierung bringe ich mit Hinweisung auf die früheren Kreis-Blatt-Bestimmungen vom 21. August 1845 (Kreisblatt 1845 Nro. 34 pag. 126 — 128) vom 19. November 1845 (Kreisblatt 1845 Nro. 47 pag. 173) vom 7. Januar (Kreisblatt 1846 Nro. 2 pag. 5 — 7) und vom 7. Febr. a. o. (Kreisblatt 1846 Nro. 7 pag. 21 und 22.) zur Kenntniß der Orts-Polizei-Behörden; darnach bei Aufnahme der Regulirungs-Verhandlungen über die Steuer-Verhältnisse bei vorkommenden Disseminationen zu verfahren.

Die Vertheilungs-Pläne sind fortan nicht mehr von den Orts-Polizei-Behörden anzulegen, da solche von hier aus werden formirt werden.

Um hierbei indessen nicht auf Zweifel zu kommen, und damit zeitraubende Rückfragen und Recherchen vermieden werden, erwarte ich die möglichst richtige Aufnahme der Regulirungs-Verhandlungen.

Breslau, den 27. Mai 1846. Königl. Landrat, Graf Königsdorff.

Die Dorfgerichte des Kreises weise ich an, die Klassen-Steuer-Zu- und Abgangs-Listen pro I. Semester a. o., belegt mit den Zugangs-Attesten der betrüffenden Communen, in welche die in Abgang gestellten Individuen verzogen sind, bis spätestens zum 15. Juni a. o. in duplo ohnfehlbar einzureichen, weil ich mit diesem Tage, um den vorgeschriebenen Termin höheren Orts inne halten zu könne, die General-Zusammenstellung formire. Die Säumigen werde ich mit dem 15. Juni e. durch Strafbüten erinnern lassen.

Dass die Listen sauber geschrieben und möglichst fehlerfrei angelegt sein müssen, die Balance und die Belege nicht fehlen dürfen, bemerke ich noch.

Sollten inzwischen die von der Königl. Regierung bis heut noch nicht zurückgelanzen Entscheidungen über die Klassen-Steuer-Reclamationen pro 1846 eingehen, werde ich solche den Dorfgerichten bald zufertigen, und sind dann die genehmigten Ermäßigungen bei den Abgängen auf 6 Monate, belagt mit der Königl. Regierungs-Anweisung, zu berechnen; da die andern 6 Monate in der Zu- und Abgangs-Liste pro II. Sem. in Abgang berechnet werden.

Sollte ferner die Genehmigung zur Abgangsstellung der Klassen-Steuer derjenigen Individuen, die an den Feldzügen von 1813 bis 1815 Theil genommen haben, und in der vorletzten Steuer-Stufe als Einzelsteuernde, oder in der 12. Stufe eingeschlagen sind, ebenfalls inzwischen eingehen, werde ich solche den Dorfgerichten gleichfalls noch communiciren, und sind die diesfallsigen Abgänge dann wie die Ermäßigungen auf 6 Monate in Abgang zu berechnen.

Die Formirung der Klassen-Steuer-Zu- und Abgangslisten ist indessen nicht aufzuhalten; sondern so weit anzulegen, daß die etwa noch eingehenden Genehmigungen der Klassen-Steuer-Reklamationen, oder der Abgänge der Klassen-Steuer der Krieger bei den Abgängen am Schlusse nachzutragen werden, oder aber wenn diese Genehmigungen bis zum 15. Juni v. nicht eingehen sollten, dann abgeschlossen werden können. Breslau den 25. Mai 1846. Kgl. Landrath, Graf Königsdorff.

Von einem ehemaligen Rittergutsbesitzer der Provinz Schlesien ist dem Königl. Ministerio des Innern der anliegende Aufsatz:

"Über das Verfahren, aus Kartoffelsamen völlig ausgewachsene und reife Kartoffeln zu ziehen" eingereicht, und von der Redaction der Annalen der Landwirthschaft in das 1. Heft des achten Bandes derselben aufgenommen worden.

Da dieser Aufsatz überhaupt insbesondere aber für alle diesenigen, welche Versuche mit Kartoffelsamen anstellen, von Interesse ist, so wird das Königl. Landratsamt im Auftrage des Königl. Ministerii des Innern veranlaßt, dafür zu sorgen, daß der Inhalt durch die dazu geeigneten Zeitschriften und Localblätter im dortigen Kreise weitere Verbreitung halte.

Nach erfolgter Circulation erwarten wir diesen Erlass zurück.

Breslau den 20. Mai 1846 Königl. Regierungs-Präsidium. gez. (v. Kotzwik.)

Vorstehenden Erlass des Königl. Regierungs-Präsidii bringe ich zur Kenntniß des Kreises.

Breslau den 24. Mai 1846. Königl. Landrath, Graf Königsdorff.

Nachstehend verzeichnete Garde-Landwehr-Männer sind bestimmt, im Fall einer in diesem Jahre stattfindenden Königs-Revue, derselben beizuwöhnen, und wird der Termin später noch bekannt gemacht und die betreffenden Einberufungs-Ordre.s noch zugeschickt werden.

Sollte einer oder der Andre einen triftigen Reclamationsgrund haben, so ist mir derselbe, von der Orts-Polizei-Behörde gehörig bescheinigt, zeitig genug einzureichen, und werde ich alsdann dieselben nach Möglichkeit beurwortet, der betreffenden Militair-Behörde zur weiteren Entscheidung zufertigen.

Christian Hoffmann in Bettlern; Christian Schröter in Schmolz; David Hoffmann in Olszschin; Daniel Paick in Bindel; Gottlieb Menzel in Seschwitz; Karl Guder in Gr. Schottgau; Karl Preisler in Albrechtsdorf; Florian Schneider in Schosnitz; Johann Baum in Wilschau; Wilhelm Leschner in Schlesa; Gottfried Zappe in Silmenau; Joseph Haubitz in Olszschin; Ernst Gnichwitz in Lehmgruben; Joseph Klose in Höfchen; Karl Kruppe in Gr. Masselwitz; Franz Salasky in Steine; Franz Gleis in Weigwitz; Joseph Venkel in Herrmansdorf Heinrich Karpe in Klettendorf; Gottlieb Geiseler in Bogenau; David Warkus in Rothförben; Robert Winkler in Kl. Gandau; Friedrich Pattke in Schosnitz; August Brendel in Gabitz; Ernst Bernitsch in (Kriebowitz) Wicraden; Joseph Weiß in Utschelin; August Schirbewahn in Pöllanowitz; Ferdinand Zimmer in Tschechnitz; Franz Sternikle in Boguslawitz; Gottfried Baras in Schosnitz; Joseph Speer in (Kriebowitz) Wicraden; Gottlieb Hein in Strachwitz; Karl Marotschke in Kl. Sägewitz.

Breslau den 25. Mai 1846.

Königl. Landrath, Graf Königsdorff.

### A n z e i g e n.

Den verehrlichen Kreisbewohnern empfehle ich meine Druck-rei und Färberrei zu geneigter Beachtung, und verspreche die billigsten Bedingungen. Insbesondere mache ich auf den Druck von Schürzen und allen Sachen von Leinwand aufmerksam.

Johann Nagelfeldt,

Färbermeister in Breslau, Schweidnitzer Straße Nr. 44 oder Hummerei Nr. 35.

### W i r t s c h a f t s - V e r k a u f .

Eine neu gebaute Wirtschaft, wozu 9 Morgen Acker gehören, ist in Rothförben aus freier

Hand zu verkaufen. Nähere Auskunft giebt der Kreischmer am Döte.

Vom 28. Mai ab sind auf der Scholtisei in Groß Oldern Runkelrüben-Pflanzen, von der rothen und gelben Zellerübe, von der rothen und gelben über der Erde wachsenden Turnipstrübe, von der veredelten rothen und gelben, über der Erde wachsenden Süßestrübe und von der ächten weißen schlesischen Zucker-Runkelrübe billig zu haben.

Friedrich Gustav Pohl.